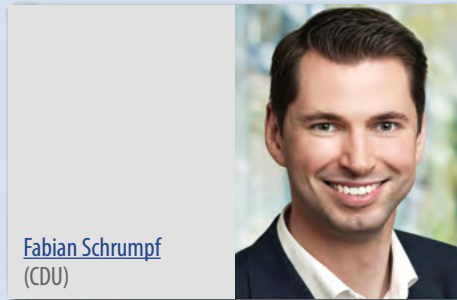


SCHWERPUNKT

# Standpunkte

## Meinungen zum Thema Landesbauordnung



### **Die Landesbauordnung ...**

... ist in unserem Land die Grundlage für sicheres, qualitatives, barrierefreies, familienfreundliches und generationengerechtes Bauen. Der Brandschutz, die Standsicherheit von Gebäuden sowie die gegenseitige Rücksichtnahme werden darin geregelt. Die Landesbauordnung sichert damit die Lebens- und Wohnqualität der Menschen in unserem Land.

... regelt die Grundlagen des Bauens in NRW. Sie ist das Ergebnis eines intensiven und vielfältigen Beratungsprozesses mit ganz unterschiedlichen Akteuren: Architekten und Bauingenieuren, Fachverbänden und Bauexperten, Bau-, Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, Feuerwehren, Hochschulen und Kommunen sowie den Interessenverbänden von Menschen mit Behinderungen.

### **Ein Moratorium ...**

... in den Landtag einzubringen bedeutet, die gesetzliche Grundlage der Landesbauordnung um ein Jahr aufzuschieben. Diese Zeit soll genutzt werden, um die Landesbauordnung auf Vorschriften hin zu untersuchen, die das Bauen verteuern, verkomplizieren und verlängern. Die überarbeitete Vorschrift soll das Bauen günstiger, leichter und schneller machen.

... führt zu Unsicherheit bei Investoren und Bauherren. Es hemmt Investitionen und verzögert die Einführung wichtiger Neuerungen und Erleichterungen beim Bauen, beim Brandschutz, bei der Barrierefreiheit und bei der Verwendung des ökologisch wertvollen Baustoffes Holz. Skandalös, dass die Landesregierung das Gesetz aussetzt, ohne bislang eigene konkrete Änderungsvorschläge vorzulegen.

### **Barrierefreie Wohnungen ...**

... sind ein wichtiger Baustein für ein inklusives, selbstbestimmtes und generationengerechtes Leben. Durch die Überarbeitung der Landesbauordnung und ein zeitlich gestuftes Maßnahmenpaket, werden wir sicherstellen, dass ausreichend barrierefreier Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann.

... sind Mangelware in Nordrhein-Westfalen. Die wichtigen Fortschritte für das barrierefreie Bauen mit der LBO 2016 anzuhalten und rückgängig zu machen, ist sozialpolitisch unverantwortlich. Es stellt zugleich eine Missachtung der von der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2009 unterzeichneten UN-Menschenrechtskonvention für Menschen mit Handicap dar.

### **Beschleunigtes Bauen ...**

... ist ein wichtiger Faktor, um die Wohnungsknappheit insbesondere in Ballungsräumen und Universitätsstädten zu bekämpfen und ein bedarfsgerechtes Wohnraumangebot für die Bürger sicherzustellen. Vereinfachte, rechtssichere Vorschriften sollen Anreize für die Bauwirtschaft setzen, um schnellstmöglich den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu beheben.

... ist wünschenswert. Dafür sind die genaue Prüfung von Bauanträgen und die Abstimmung mit allen Akteuren notwendig. Auch der Bauherrenschatz ist zu beachten. Eine gute personelle und technische Ausstattung der Bauämter in den Kommunen ist Garant für die schnelle Bearbeitung. Das Land muss die finanziellen Rahmenbedingungen für die Kommunen schaffen.

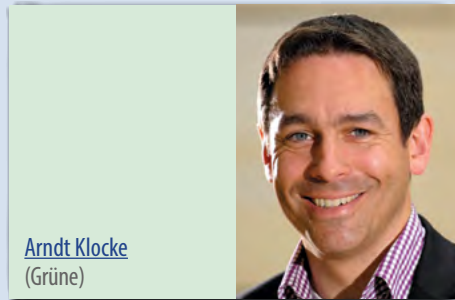


... muss ein effizienter Handlungsrahmen sein, um allen Beteiligten das Bauen in Nordrhein-Westfalen schneller, sicher und unbürokratischer zu ermöglichen. Das ist unser Anspruch. Dazu werden wir unter anderem das von Rot-Grün abgeschaffte, unbürokratische Freistellungsverfahren wieder einführen. Dies ist auch ein Beitrag, um viele Kommunen administrativ zu entlasten.

... ist erforderlich, um die von SPD und Grünen im Rahmen der Novelle der Landesbauordnung beschlossenen baukostensteigernden Maßnahmen noch aufhalten zu können. In der Zeit des Moratoriums werden wir das Gespräch mit allen Beteiligten suchen, um auf die an der rot-grünen Bauordnung vorgetragene Kritik sachgerecht reagieren zu können.

... wird die NRW-Koalition unter anderem durch Fördermaßnahmen im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung unterstützen. Viele Barrieren treten nämlich erst im Laufe des Lebens auf. Es ist deshalb gut, Wohnungen so zu gestalten, dass auch körperlich eingeschränkte Menschen durch entsprechende Umbaumaßnahmen möglichst lange in ihrer Wohnung und im sozialen Umfeld leben bleiben können.

... ist dringend erforderlich. Die NRW-Koalition führt daher verbindliche Fristen zur Bearbeitung von Bauanträgen in den Kommunen ein. Weiter werden wir die kommunale Familie dabei unterstützen, ein einheitliches und digitales Verfahren zur Einreichung von Bauanträgen einzuführen. Anders als Rot-Grün werden wir auch Transparenz hinsichtlich der Dauer der Genehmigungsverfahren schaffen.

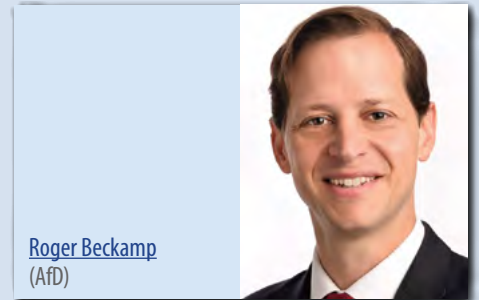


... wurde von Rot-Grün umfassend modernisiert. Insbesondere die Vereinfachung beim Bauen mit Holz, die Schaffung barrierefreier und rollstuhlgerechter Wohnungen, die Abschaffung des Freistellungsverfahrens, das in der Praxis zu mehr Prüfaufwand geführt hat, und die Übertragung der Stellplatzregelung auf die Kommunen sind die zentralen Verbesserungen im Vergleich zur seit 2000 gültigen Landesbauordnung.

... sorgt für eine Verschärfung der Wohnungsnot. Das hat die Anhörung noch einmal verdeutlicht. Zu befürchten ist eine Hängepartie, die Investor\*innen abschreckt, dringend benötigte Wohnungen zu schaffen. In NRW fehlen in den nächsten zwei bis drei Jahren voraussichtlich 200.000 Wohnungen. Mit dieser unsozialen und kurzsichtigen Politik sitzt Schwarz-Gelb dieses Problem in verantwortungsloser Art und Weise aus.

... und rollstuhlgerechter Wohnraum sind wichtig, um allen Menschen in NRW so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in ihren eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Dazu hat sich Deutschland mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet. Allerdings hat NRW hier noch Nachholbedarf. Das Moratorium sorgt dafür, dass diese Fehlentwicklung weitergeht statt ihr entgegenzuwirken.

... ist ein wichtiger Baustein, um zeitnah den fehlenden Wohnraum schaffen zu können. Daher haben wir uns dafür eingesetzt, im Rahmen der Digitalisierungsoffensive die flächendeckende Digitalisierung der Baugenehmigungsverfahren in den Kommunen zu unterstützen. Gleichzeitig muss aber auch bedacht werden, dass Prüfprozesse in den Bauämtern oftmals der Gefahrenabwehr und damit dem Verbraucherschutz dienen.



... regelt über bauliche Anforderungen, wie die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleistet sowie soziale Mindeststandards sichergestellt werden. Das Regelwerk sollte daher nicht mit überzogenen Wunschvorstellungen außerhalb des Gesetzeszwecks überfrachtet werden, die systemfremd sind und zu unnötigen Kosten und Verfahrensaufwand führen. Nur so ist bezahlbarer Wohnraum möglich.

... ermöglicht es zu prüfen, welche Vorgaben als notwendige Verbesserung aufgenommen und welche als überzogener Ideologieballast aus der Landesbauordnung entfernt werden sollten. Sofern es gelingt, etwas in diesem Sinne sinnvoll zu ändern, können die Landesbauordnung von überflüssigen Stolpersteinen befreit und absehbar bezahlbarer Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen gebaut werden.

... sind für immer mehr Menschen notwendig, um unbeschwert ihr Leben führen zu können. Barrierefreiheit betrifft insofern nicht nur den öffentlichen Raum, sondern auch den privaten Wohnbereich. Preiswerte Angebote sollten über verstärkte Förderung des Wohnungsbaus durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften oder gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften geschaffen werden.

... setzt vor allem zügige Genehmigungsverfahren und den Verzicht auf ideologisch überfrachtete Umweltvorschriften voraus. Auch der Einsatz von unkonventionellen und alternativen Wohnbaukonzepten durch Nutzung von Baulücken oder Dachgeschossen sowie der Einsatz von preisgünstigen Baustoffen wie Holzbauweise können hier einen Beitrag leisten.